

*F. G. Friedmann*

## Brief an einen radikalen Studenten

Wenn ich Ihnen heute mit großer Offenheit schreibe, so geschieht dies, weil ich den Eindruck habe, daß Sie und manche Ihrer Freunde ein offenes Gespräch wollen. Sie haben auf Ihre Weise Diskussionen mit Professoren herbeigeführt. Sie haben Provokation der Universitätsverwaltungen und der Staatsgewalt nicht gescheut. Sie haben Vorlesungen gestört, „teach-ins“ veranstaltet. Das bisher größte „teach-in“ an der hiesigen, Münchener Universität habe ich selbst miterlebt. Ich war erschüttert von der Unfairness gegenüber einigen meiner Kollegen, erschüttert über die an Massenhysterie grenzende Reaktion eines großen Teils des studentischen Publikums auf Äußerungen radikaler Studenten. Hingerissen von ihrem Erfolg und gegen besseres Wissen haben diese Redner auch jene Professoren in eine pauschale Verdammung des akademischen „establishment“ einbezogen, die sich seit Jahren um eine Erneuerung der deutschen Universität mühen und dieser undankbaren Aufgabe dienen. Wenn ich meine Gefühle über die vergangenen Ereignisse aus dem Spiel lasse, sollen Sie das nicht als Großmut oder gar Überlegenheit verstehen.

Mich bewegen zwei Überlegungen. Erstens: Die Provokationen radikaler Studenten haben mich plötzlich und unerwartet an ein vordringliches Problem erinnert, das ich selbst bisher nicht lösen konnte. Ich meine das Problem der Effektivität von Gesprächen im kleinen Kreis. Seit Jahren habe ich sie mit Studenten und jungen Akademikern im Seminar und in meiner Wohnung geführt. Ich sage also nicht wie manche Lehrstuhlinhaber anderer kleiner Fächer, daß es dort, wo der Seminarbetrieb überschaubar sei und zwischen Studenten und Assistenten genügend Kontakt bestehe, keine Probleme gebe. Krawalle wegen des anonymen Massenbetriebs werden zwar in meinem Institut nicht vorkommen. Aber ich frage mich dennoch, ob unsere bisherigen Zusammenkünfte, und zwar gerade jene, die über das rein Fachliche hinausgingen, mehr waren als wohlmeinende, insulare Versuche des Anstands und der Offenheit gegenüber Fragen unserer Gegenwart. Wußten, wissen wir oder haben wir überlegt, wie das in uns aus unserer kleinen Welt Erarbeitete in der relativ ungreifbaren großen Welt des gesellschaftlichen und politischen Lebens zu verwirklichen wäre? Ihre Forderungen, Programme, Methoden sind vorerst noch keine Antwort auf diese von mir ungelöste Frage. Vielleicht könnten sie eines Tages Ansatz zu einem Lösungsversuch werden.

Eine zweite und noch wichtigere Überlegung veranlaßt mich, Reaktionen des Gefühls auf studentische Methoden zurückzudrängen. Es ist das Problem der Prioritäten. Man spricht heute viel von zwischenmenschlichen Beziehungen. Ich habe den Eindruck,

daß man dabei ungebührlich das „zwischen“ betont, im sozialpsychologischen Bereich die Technik der Kommunikation, im politischen die Ausgangspositionen. Die menschliche Substanz der Kontrahenten geht verloren, wird abgedrängt oder übersehen. Ich hoffe, Sie stimmen mir zu, wenn ich an erster Stelle und als einzige Prämisse unseres Gesprächs den *Menschen* setze, seine Würde und unsere Pflicht, diese Würde gewissenhaft und mit großer Kraft zu verwirklichen. Ich verstehe unter dieser Würde nicht einen einseitigen oder übertriebenen Individualismus, der den Menschen im Gegensatz zu gesellschaftlichen Strukturen sieht. Ich anerkenne die Einheit und betone die Unteilbarkeit der Menschheit. Ob wir diese Einheit als Glaubenssatz sehen, als ethische Forderung oder lediglich als Arbeitshypothese für alle, die sich um das Überleben der Menschheit im Zeitalter hoch entwickelter Technologien und wachsender wirtschaftlicher Standardunterschiede zwischen fortgeschrittenen und unterentwickelten Ländern – das bleibt hier unwichtig.

Die Überbetonung des „zwischen“, der Vorbedingungen und Modalitäten von Gesprächen verletzt den Primat der menschlichen Würde und der effektiven Einheit der Menschen. Bedingen nicht der Mangel an menschlicher Substanz und, damit verbunden, Eitelkeit und Machtstreben jene übertriebene Konzentration auf Modalitäten? Werden dadurch nicht menschliches Elend, Brutalisierung und sogar Tod – sehr sichtbar in Vietnam – Modalitäten hintangesetzt? Sollten wir, die wir unter relativ glücklichen Umständen leben, nicht ein Beispiel geben für die Priorität des Menschlichen? Das heißt nicht, daß ich unser Gespräch als einen unverbindlichen, schöngestigen Gedankenaustausch verstehe. Sie und ich sind von historischen Kräften geformt, von Ideen *und* Interessen. Wir sprechen über Probleme der Gegenwart und wir hoffen, daß unser Gespräch eines Tages gesellschafts- und kulturpolitisch, ich möchte sogar sagen historisch, wirksam werde. Daß ein solches Gespräch – wenigstens was mich betrifft – auch, und zwar mit Ihrer Hilfe, ein Selbstgespräch wird, liegt auf der Hand. Natürlich frage ich mich, ob ich Sie, den Partner des Gesprächs, und Ihre Anschauungen über die uns gemeinsame Welt recht verstehe. Ich hoffe, Sie antworten freimütig und sind bereit, vielleicht mit meiner Hilfe, Zwiesprache mit sich selbst zu halten.

Nach diesen Vorüberlegungen zur Sache. Ich nehme an, wir stimmen in der Analyse unserer gegenwärtigen Situation weitgehend überein. Wir leben in einer Gesellschaft und sind Mitglieder einer Universität, die beide bisher bewiesen haben, daß sie unfähig und vielleicht auch nicht willens sind, sich mit den lebenswichtigen Problemen unserer Zeit und unserer technologisierten Gesellschaft zu beschäftigen. Hierher gehören einschneidende Bewußtseinsveränderungen und radikale Wandlungen in der Art und Zahl menschlicher Erfahrungen, die – in einer mir noch keineswegs durchsichtigen Weise – traditionelle Werte, Vorstellungen, einschließlich der Interpretation des eigenen Daseins in Frage stellen. Sie betonen vielleicht stärker als ich das Strukturelle und verlangen eine radikale Umstrukturierung bestehender Institutionen, während ich, ein wenig altmodisch, mehr an die Ansprechbarkeit des Menschen und an seine potentielle

Fähigkeit zur Selbstkritik und zur Änderung bestimmter Grundeinstellungen glaube. Meinerseits also nur ein Glaube, der, recht besehen, aus Verzweiflung stammt. Ihre Hoffnung betrachte ich aus größerem Abstand und mit einer Art leidenschaftsloser Skepsis.

*Universität und Gesellschaft* sind fraglos eng miteinander verbunden. Fraglos erscheint mir auch, daß unsere heutige Gesellschaft einer gänzlich anderen Universität bedarf als die Gesellschaft des 19. Jahrhunderts, die die heutige Universität formte. Die bildungsbewußte Humboldt-Universität mit ihrem Anspruch auf eine in und durch sich selbst gerechtfertigte Wissenschaftlichkeit bedarf der Ideologiekritik. Diese muß den Zusammenhang zwischen bürgerlicher Kultur und dem ihr innewohnenden Interesse nach Selbsterhaltung zeigen. Mit der Auffassung und Stellung der Wissenschaft innerhalb des tradierten Systems steht und fällt die Stellung und Autorität des Ordinarius. Das hypothetische Denken der modernen Natur- und Sozialwissenschaften verlangt, wie ich glaube, die Anwendung des Bewährungsprinzips auch auf wissenschaftliche Institutionen und die in ihr Tätigen. Kriterien dafür sind meines Wissens noch nicht systematisch erarbeitet worden. Nicht folgen kann ich Ihnen allerdings, wenn Sie behaupten, einer Neuordnung der Universität müsse eine Neuordnung der Gesellschaft vorausgehen. Zwar haben gegenüber den relevanten Problemen unserer Zeit beide versagt. Aber die Universität hat nicht deshalb versagt, weil sie die heutige Gesellschaftsstruktur spiegelt. Wenn sie eine Gesellschaftsstruktur spiegelt, so ist es die des 19. Jahrhunderts. Könnten unsere Universitäten nicht gerade dadurch ihre Funktion gegenüber der Gesellschaft erfüllen – auch im Sinn einer Umstrukturierung –, daß sie die wesentlichen sozialkritischen Fragen sich zu eigen machen und, in Zusammenarbeit mit allen zuständigen Kräften, *für* die Gesellschaft und ihr Wohl bearbeiten? Eine aprioristische und stimmungsmäßige, um nicht zu sagen demagogische, Lokalisierung aller Übel in der parlamentarischen Demokratie scheint mir ein sehr gefährlicher Vorgriff zu sein, solange darüber schlüssige Untersuchungen nicht angestellt wurden.

Erlauben Sie, daß ich kurz auf *Methoden einiger radikaler Studenten* zu sprechen komme. Es gibt sicher Fälle, in denen Störungsaktionen einer Handvoll Menschen unter absichtlichem Übergehen konventioneller Umgangsformen die momentane Ohnmacht des bestehenden Systems unter Beweis stellen können. Ich nehme an, daß Ihre Sympathie für fernöstliche oder südamerikanische Guerillas sich auf eine gewisse Entsprechung in der Grundeinstellung stützt. Aber machen die gesamten Störaktionen der Mehrzahl der Studenten und weiten Kreisen der Bevölkerung klar, daß nicht eine momentane Ohnmacht der Ordnungshüter oder deren potentiell verfassungswidriges Verhalten aufgezeigt werden soll, sondern die weitaus wichtigere Frage der Fähigkeit oder Unfähigkeit der Gesellschaft, sich mit den wirklich relevanten Problemen vernünftig und human zu beschäftigen? Haben Seifenblasen-Aktionen bei einer traditionellen Rektorsübergabe oder das Eindringen von als Polizisten verkleideten Studenten in eine Vorlesung den beabsichtigten Verfremdungs- und Demonstrationseffekt, nämlich den Zustand der Apathie und Entfremdung, der fehlenden oder inadäquaten Teilnahme der Studenten augenfällig zu machen? Besteht hier nicht die Gefahr, daß Provokation

zum Selbstzweck wird, daß die Reaktionen der Beteiligten (der Großzahl der Studenten, der Professoren, der Verwaltungsbeamten) im Irrationalen steckenbleiben und gerade nicht zu jener rationalen Selbstkritik des Systems führen, die allein Grundlage für die zeitgemäße Umgestaltung bestehender Verhältnisse sein kann?

Was wir beide, Sie und ich, anstreben, ist *Partizipation*. Kein schönes Wort und, wie so manche andere Ausdrücke der Gegenwart, aus dem Amerikanischen übernommen. Dort sind die Probleme einer modernen Industriegesellschaft schon etwas früher aufgetreten. Partizipation schließt Mitbestimmung ein, also Teilnahme an Entscheidungen, die uns betreffen. Aber nicht nur das. Partizipation heißt auch Teilnahme an Arbeiten, an Gemeinschaften, an Systemen, die unserem Leben Sinn verleihen. Natürlich gibt es Situationen, in denen beide Formen der Partizipation sich überschneiden oder gar identisch sind. Ich erachte eine effektive Partizipation im einen wie im andern Sinn als unabdingbares Menschenrecht. Ohne sie bleibt die Rede von der Würde der menschlichen Person eine Phrase. Plebiszitäre Formen der Partizipation, die nur die Beschlüsse anderer emotional bejahen oder vollziehen, würden dieser Forderung nicht entsprechen.

Beginnen wir mit der Frage der *Mitbestimmung*. Analogien, die vor allem von marxistischer Seite zwischen der Lage des Proletariats in der Gesamtgesellschaft und der Studenten innerhalb der Universität aufgestellt werden, scheinen mir nur sehr beschränkt einer Kritik standzuhalten. Zur Klärung der studentischen Ausgangsposition können sie darum wenig beitragen. Marx selbst hat bekanntlich die Intelligenz nicht als Klasse betrachtet. V. V. Vorovsky bekräftigte diese Ansicht in einem 1962 in Moskau erschienenen Werk. Die Intelligenz, schrieb er, „war nie eine besondere Klasse und kann es nicht sein. Das erklärt sich daraus, daß sie keine selbständige Stellung in der Produktion der materiellen Güter einnimmt . . . Hinzu kommt, daß die Intelligenz klassenmäßig nicht gleichartig ist. Sie rekrutiert sich aus verschiedenen Klassen und dient verschiedenen Klassen.“ Es scheint mir unrealistisch, die „Unterdrückung“ der Studenten durch die Ordinarien und das Streben der Studenten nach Mitbestimmung in den maßgebenden akademischen Gremien im Sinn der Marxschen Interpretation der Spannungen in den Industriegesellschaften um die Mitte des letzten Jahrhunderts zu interpretieren. Der heute wieder erhobene Ruf nach „Mitbestimmung der eigentlichen Produzenten“, nach „gesellschaftlicher Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel“ hat in dieser Form im Zeitalter der Elektronik, der Atomenergie, der Automation keine konkrete Bedeutung. Das Problem der den objektiven Ansprüchen der Technologie und den ethischen Ansprüchen der Gesellschaft gerecht werdenden Entscheidungsprozesse – wer sie vollziehen und wer über sie wachen soll – für die Gesamtgesellschaft ist, meines Wissens, weder in den westlichen noch in den östlichen Ländern auch nur annäherungsweise gelöst worden. Als Modell für die sachgemäße und demokratische Mitbestimmung der Studenten innerhalb der Universitäten kann es deshalb nicht

gelten. Parallelen finden sich hingegen in der Undurchschaubarkeit, ja Schwierigkeit der genauen Lokalisierung der Entscheidungsprozesse.

Subjektiv gesprochen scheint mir eine klare Parallele zu bestehen zwischen dem Unbehagen am mysteriösen Charakter der Macht in der fortgeschrittenen Industriegesellschaft und an der „Willkür“ professoraler Herrschaft, vor allem im Hinblick auf Studienpläne und Prüfungen. Gerade das Verlangen nach späterer beruflicher Sicherheit, also das an sich konservative Bestreben, die Universität als zuverlässige Vorbereitung für den Eintritt ins „establishment“ zu nutzen, trägt zu diesem Unbehagen bei. Es wird zwar nur von einer Minorität der Studenten (unter Verteilung der Rollen, etwa in Analytiker und Ideologen, in „Komödianten“ und Verfremder, in Demagogen und solche, die ernste Gespräche mit Professoren suchen) artikuliert, aber von der Mehrzahl der Studenten empfunden. Das Argument, die Studenten stellten eigentlich eine privilegierte Klasse dar, weil sie nicht die konkreten Verpflichtungen der Berufstätigen hätten, halte ich nicht für stichhaltig. Die Studenten haben ihre Verpflichtungen, nämlich sich für eine gesellschaftlich verantwortliche und persönlich befriedigende Tätigkeit vorzubereiten. Sie erfahren, wie diese Vorbereitung in der heutigen Universität oft durch Umstände und Entscheidungen, denen sie machtlos gegenüberstehen, erschwert oder vereitelt wird. Ein junger Mensch hat aber das Recht, sich sozialkritisch innerhalb und außerhalb der Universität zu betätigen. Es sollte ja die vornehmste Aufgabe der Universität sein, das kritische Vermögen ihrer Bürger zu entwickeln. Keine andere Institution ist in solchem Maß dazu berufen. Ohne Romantisierung oder Hypostasierung der Jugend zu einem Idealbegriff kann man wohl behaupten, daß es ihr, verglichen mit der älteren Generation, zwar an Erfahrung mangeln mag, aber doch nicht an Spürsinn für jene Qualitäten, die die Glaubwürdigkeit eines Menschen und die Ehrlichkeit eines Systems bestimmen. Nicht zufällig gab es in den Vereinigten Staaten, mit ihrer so ausgeprägten Tradition der Selbstkritik, keinen Schriftsteller von Rang, der nicht wenigstens ein Werk schrieb, in dem ein junger Mensch – ob Mark Twains Huckleberry Finn, Hemingways Nick Adams oder Salingers Holden Caulfield – aus dem sicheren Instinkt für die echten und wahren Werte der Gesellschaft und aus Abscheu gegen Lüge und Prätention die Funktion des Sozialkritikers spielt.

Nun zu *Ihren Vorschlägen*, wie die angeprangerte Willkür und Undurchsichtigkeit der im Universitätsbereich zu treffenden Entscheidungen durch studentische Mitbestimmung verhindert werden könnte. Zuvor lassen Sie mich feststellen, daß man nicht die Professoren allein dafür verantwortlich machen darf. Ihr Benehmen und ihre Äußerungen fallen freilich am meisten ins Auge. Ihre „Macht“ dem Studenten gegenüber ist unmittelbar spürbar, sichtbar, greifbar. Gewiß gibt es professorale Eitelkeit. Berufspolitiker glauben, wohl zu Recht, auch bei Studenten und Jungakademikern akademischen Dünkel festzustellen. Dieser Dünkel halte die Mehrzahl von ihnen ab, die im politischen Leben erforderliche mühsame Kleinarbeit zu leisten. Aber kommen wir zu den Professoren. Nicht wenige Professoren bestehen mit Nachdruck auf ihrer Autori-

tät und den staatlich verbrieften Privilegien. Das mag eine doppelte Ursache haben: eine Auffassung von Wissenschaft als sich selbst rechtfertigende Beschäftigung mit „höheren Dingen“ und die, zum Teil verdrängte, Wahrnehmung einer Diskrepanz zwischen dem bisherigen gesellschaftlichen Prestige des Professors und seiner Unfähigkeit oder gar Nichtgewilltheit, sich mit den vitalen Anliegen der Gesellschaft erfolgreich auseinanderzusetzen. Aber die Universität krankt nicht nur am Gebaren der Professoren. Die wissenschaftlichen Assistenten der deutschen Universität sind in ihrer Stellung zwischen „oben“ und „unten“ zugleich Opfer und Ausführende des Systems. In den großen Fächern, sagen Studenten, seien unter den Assistenten oft Scharfmacher, die Druck von oben und eigenes Frustrationserleben (die Mehrzahl will selbst Professor werden) nach unten weiterleiten. Es soll sogar Fächer geben, in denen Assistenten durch eine Art negativer Auswahl ihre Stellen erhalten. Sensible und selbständig denkende Assistenten halten dort den Druck der Atmosphäre des Anonymen und des Massenbetriebs nicht aus. Aber warum versuchen kritische Studenten nicht, in den wohl undurchsichtigsten Bereich der Universität, in die Sphäre der Ministerialbürokratie vorzudringen? Dort wurden die meisten der den täglichen Betrieb der Universität betreffenden Entscheidungen getroffen und die von akademischen Gremien getroffenen Entscheidungen genehmigt. Manche Kritik an professoralem Versagen sollte gerechterweise an die Adresse der Ministerien gehen. Diese weisen wichtige Beschlüsse universitärer Organe oftmals zurück oder lassen deren Bearbeitung für unbestimmte Zeit liegen, ohne daß von der Universität ein wirksamer Einspruch erhoben werden kann.

Wir sind uns wohl einig, daß sich die studentischen Interessen auf die beiden wichtigsten Aufgaben der Universität konzentrieren sollten, auf die *Berufsvorbereitung und die gesellschaftskritische Funktion der Studenten*. In den beiden Bereichen kommen Forschung und Lehre verschiedene Bedeutung zu. Das studentische Verlangen nach Mitbestimmung scheint sich auf drei Fragenkomplexe zu konzentrieren: auf das Prüfungssystem, auf Berufung der Professoren und auf politische Bildung und Aktion. Das scheint mir drei verschiedene Gremien mit jeweils verschiedener Besetzung und Arbeitsweise zu verlangen.

Bei den *Prüfungen* wird man unterscheiden müssen zwischen den Fächern des Staatsexamens (Massenfächer) und jenen Fächern und Graden, die eine universitätsinterne Angelegenheit sind. Zwar wird gelegentlich beanstandet, ein Kandidat für den Magister- oder Doktorgrad in den kleineren Fächern müsse sich der spezifischen Lehrmeinung des prüfenden Professors anpassen. Aber die studentische Kritik wendet sich vor allem gegen die Prüfungszustände in den Massenfächern. Dort sei nicht immer klar, was vom Geprüften überhaupt verlangt werde. Und wo dies einigermaßen klar sei, fehle es an den Voraussetzungen, an genügend Arbeitsplätzen in Labor und Bibliothek, an einer größeren Anzahl von (zugleich gebrauchten) Exemplaren der für Prüfungen notwendigen Bücher. Daß die Studenten fordern, an der Ausarbeitung von Studienordnungen beteiligt zu werden, erscheint mir prinzipiell vernünftig. Doch soll-

ten auch Berufstätige, die im Leben stehen, dafür herangezogen werden, also Studienräte, Ingenieure, Geschäftsführer, Staatsanwälte usw. Sie sollen ihre Berufserfahrung an ihre eigene Lern- und Examenserfahrung herantragen. Studenten sollten auch (allein oder mit Professoren) bei den zuständigen politischen Gremien und Ministerien vorstellig werden, daß die finanziellen und personellen Voraussetzungen geschaffen werden, die dem Studenten ermöglichen, vernünftigen Prüfungsordnungen zu entsprechen.

Eine Einigung in Sachen der *Berufungsverfahren* dürfte schwieriger sein. Die wissenschaftliche Kompetenz eines Kandidaten kann doch wohl nur von seinen „peers“, seinen Fachkollegen beurteilt werden. Gewiß gibt es hervorragende Studenten und Assistenten, die als „peers“ zu betrachten wären. Wie sollte man sie aber organisatorisch erfassen oder durch ein kompliziertes Wahlverfahren ermitteln? Die wirklichen Entscheidungen müssen hier wahrscheinlich bei den Professoren bleiben. Doch schiene mir ein Anhörungs- oder Vorschlagsrecht der Studenten wichtig. Da Professoren auch Lehrer sind, müssen sie an der pädagogischen Fähigkeit und am pädagogischen Engagement des zu berufenden Dozenten interessiert sein. Über sie könnten Studenten an der bisherigen Universität des Dozenten Auskunft geben. Darüber hinaus können die Studenten in Fächern, in denen es eine Reihe legitimer Lehrmeinungen und wissenschaftlicher Methoden gibt, mit Recht verlangen, daß an ihrer Universität ein möglichst breites Spektrum der Meinungen und Methoden vertreten ist. Nur so können sich Studenten ein eigenes kritisches Urteil bilden.

Hinsichtlich *politischer Bildung und Aktion* möchte ich zwei Stadien unterscheiden: das jetzige turbulente, das Sie für politische Bewußtseinsentwicklung als notwendig erachten, und ein zweites, das dieses erste möglichst bald ablösen und eine dauernde Einrichtung der Universität werden sollte. Ich gestehe Ihnen gerne zu, daß politische Bildung in der Bundesrepublik und besonders an den Universitäten unentschuldig vernachlässigt wurde. Zum Ausbau und zur Sicherung einer Demokratie gehören nun einmal Mechanismen der Selbstkritik und -korrektur, sowie ein Erziehungssystem, das konstruktive Gesellschaftskritik als wichtige Aufgabe ansieht. Nach meiner Meinung ist das ebenso wichtig wie die Organe des Verfassungsschutzes und der Ordnungshüter. Eines der ersten Themen unseres Gesprächs könnte die Frage nach den Kriterien einer solchen Kritik sein, etwa das Überleben der Gesellschaft, soziale Gerechtigkeit, individuelle Freiheit u. a. m. In Fragen politischer Bildung und konstruktiver Gesellschaftskritik sollen m. E. in Universitätsgremien, im Unterschied zu Berufungsgremien, weitgehend die Studierenden vertreten sein. Manche Angehörige meiner, der älteren Generation, haben in der Zeit des Dritten Reiches und seiner Machtübernahme durchaus Zivilcourage und äußersten Opfermut gezeigt. Aber man übertreibt wohl nicht, wenn man feststellt, daß die meisten Angehörigen dieser Generation während des Dritten Reiches und danach – als es um eine „Bewältigung“ der Vergangenheit, um Selbstkritik, um eine kritische Analyse damaliger und heutiger gesellschaftspolitischer und wissenschafts-soziologischer Verhältnisse gegangen wäre – ihre Aufgabe nicht bestanden. Doch zeugt es nicht eben von Fairneß, wenn Angehörige der jüngeren Generation, die

die damaligen Verhältnisse aus eigener Erfahrung nicht kennen, jenen von uns, die den Nazismus bekämpften, die Fähigkeit zu einer richtigen Gesellschaftsanalyse einfach absprechen. (In „Der hilflose Antifaschist“ [edition suhrkamp 1967] spricht W. F. Haug selbst bei mir von „latenten Dispositionen, die vielleicht nicht unbedingt faschistoid sind, die Aufklärung und Bekämpfung des Faschismus jedoch zu verworrener Hilflosigkeit verurteilen“.) Ich kann verstehen, wenn junge Menschen sich dagegen wehren, daß die braune Vergangenheit führender Leute, einschließlich der von Hochschulprofessoren, durch „korrektes“ Verhalten im Sinn der heutigen Gesellschaft auf diese Weise verdeckt und „erledigt“ wird. Der Abstand von den damaligen Ereignissen könnte jüngeren Wissenschaftlern eine umfassendere Analyse und Interpretation ermöglichen als es den am Widerstand Beteiligten selbst möglich war. Voraussetzung dafür ist allerdings, daß man den Gegenstand erforschen und nicht eine vorgefaßte politische Doktrin erhärten will. Hier wäre auch die Form der politischen Erziehung an der Universität zu erörtern. Sie haben selbst innerhalb der verschiedenen Fachgebiete studentische Arbeitskreise gebildet, die auf Grund konkreter Vorkommnisse allgemeine Probleme besprechen. Angesichts der beabsichtigten Ausweisung eines ausländischen Studenten war dies das Ausländerrecht. Mir sind auch Versuche bekannt, die Studierende und Jungakademiker zu einer praktischen Zusammenarbeit mit Berufspolitikern und politischen Gremien führen wollen. Dabei könnten die Partner der Universität Gesetzesvorschläge und Modellalternativen im Bereich ihres Fachstudiums ausarbeiten, die man Parlamentsausschüssen und Ministerien als Grundlage für ihre Arbeit vorlegen könnte.

Ich habe bisher vom Verlangen der Studenten nach Mitbestimmung in den sie betreffenden Fragen gesprochen, soweit diese Fragen aus Entfremdung und Unbehagen erwachsen. Entfremdung und Unbehagen, sagten wir, entspringen vor allem der Tatsache, daß relevante Entscheidungsprozesse als willkürlich und undurchsichtig interpretiert werden. Es gibt auch eine Form der Entfremdung und des Unbehagens, die mangelnder Teilnahme an sinnvollen Betätigungen und sinnvollen Institutionen entspringen. Dieses „kulturelle“ Unbehagen über den nicht ersichtlichen Sinn unseres menschlichen Daseins ist kein Prärogativ der studentischen Jugend oder der bundesdeutschen Gesellschaft. Es belastet heute alle denkenden Menschen der Industriegesellschaft, unabhängig vom Alter des einzelnen und der gesellschaftlichen Struktur. Westliche Demokraten aller Schattierungen und Marxisten aus West und Ost gestehen sich offen ein, daß sie augenblicklich keine brauchbaren Instrumente besitzen, um die durch Automation, Bürokratisierung, Entwicklung der Atomwaffen u. a. m. entstandenen Probleme zu lösen. Gleichzeitig vertreten Kulturanthropologen die These, daß der technologische Fortschritt und die mit ihm verbundene Bewußtseinsentwicklung die bisherige Gültigkeit „kultureller“ Werte und Symbole, und damit den Sinn unseres menschlichen Daseins, zerstörten. Es mag sein, daß manchen Wissenschaftlern der Sinn des Daseins als dem operationalen und positivistischen Denken immanent erscheint



und daß „team-work“ auf den fortgeschrittenen Gebieten der modernen Wissenschaft als sinngebende und sinnvolle Gemeinschaft empfunden wird. Doch flieht eine größere Anzahl von Studierenden und Forschern entweder in die Einsamkeit esoterischer Betätigungen oder in möglichst intensive Formen des öffentlichen Engagements. Beide Formen des Handelns befriedigen eher momentane subjektive Bedürfnisse, als daß sie eine objektive Lösung eines gemeinsamen Problems vorantreiben.

Abschließend möchte ich Ihnen *meine Vorstellungen* von einer mir wünschenswert erscheinenden Entwicklung der Beziehungen zwischen Studenten und Professoren darlegen. Ich denke an drei aufeinander folgende Phasen. Wenn ich mich in Schlagworten ausdrücken darf: die erste sei durch *dialektisches*, die zweite durch *dialogisches*, die dritte durch *analogisches Denken* gekennzeichnet. Die Entwicklung geht von einer Betonung der Interessenvertretung aus und führt über die Anerkennung gemeinsamer Aufgaben und rationaler Arbeitsverteilung in aktiver Zusammenarbeit zur Lösung der anstehenden Probleme. Daß im Verlauf der Entwicklung auch allgemeine Probleme politischer Philosophie und Praxis gelöst werden können, ist denkbar, etwa die schon erwähnte mangelnde Vermittlung zwischen der Partizipation an der Arbeit kleiner Gruppen und der auf die Gesamtgesellschaft ausgerichteten Politik. Ich nehme an, daß sich die radikale Studentenschaft im großen und ganzen noch in der ersten Phase befindet. Hier geht es vor allem um politische Willensbildung, um die Erziehung der Masse der Studenten zum Erkennen des Unzeitgemäßen und der inneren Widersprüchlichkeit der Universitäten und der Gesellschaft, um den Willen der studentischen Masse, am Herbeiführen von Änderungen mitzuarbeiten. Die zuweilen durch Störtrupps angemeldete Forderung nach Diskussion scheint in dieser ersten Phase mehr der Technik der Anprangerung als echter gedanklicher Auseinandersetzung zuzugehören. Die „teach-in“-Diskussionen können meines Erachtens nicht als Diskussion, sondern allenfalls als Vorläufer der Diskussion bezeichnet werden. In diesem Stadium – in dem es noch um Erwecken, um Erwecken und Wahrnehmen studentischer Interessen gegenüber Universität und Professorenschaft geht – in diesem Stadium allein mag der Anspruch der Studenten auf paritätische Drittelung in den Gremien (ein Drittel Studenten, ein Drittel Assistenten, ein Drittel Professoren) vertretbar sein. Meine Sorge gegenüber dieser ersten und gefährlichsten Phase gilt gewissen Widersprüchen und einer oft ungenügenden Differenzierung im Denken radikaler Studenten. Die bisherige Universitätsreform war weithin eine Verwaltungsreform, eine Reform, die formaljuristisches Denken überbetonte. Ob aber die Studenten, die, als Polizisten verkleidet, sich weigern, sich dem Syndikus der Universität München auszuweisen, nicht einen ähnlichen Fehler begehen, wenn sie diesen wegen Freiheitsberaubung vor Gericht stellen wollen, weil er sie bis zur Ankunft der Kriminalpolizei in seinem Amtszimmer festhielt? Kann man sich über fehlende Zivilcourage von Professoren im Dritten Reich beklagen und gleichzeitig im Universitätsbereich Störaktionen veranstalten, bei denen man sich weigert, seine Personalien auszuweisen? Zugegeben, man muß Traditionen

nach ihrem heutigen Sinn oder nach der Gültigkeit ihres Symbolgehalts befragen. Vielleicht ist das Tragen von Talaren nicht mehr zeitgemäß. Vielleicht hat es in einer heutigen Auffassung von Wissenschaft und Gesellschaft seinen Symbolwert verloren. Aber folgt daraus das unterschiedslose Ablehnen jeder Tradition? Können Traditionen, außer der für die modernen Wissenschaften charakteristischen Verifizierung durch experimentellen Nachvollzug, nicht auch das Bewährungsprinzip verkörpern, indem man nämlich wiederholt, was vorher schon oft befriedigend vollzogen worden ist.

Es scheint mir überaus wichtig, daß diese erste, dialektische Phase der Entwicklung nicht verabsolutiert wird, daß Nebenerscheinungen wie irrationales Massenverhalten oder gelegentliche Störaktionen nicht aus vorübergehenden Erscheinungen und Mitteln zu einem Dauerzustand und zum Selbstzweck werden. Diese erste, möglichst rasch zu überwindende Phase muß auch den Studenten als solche dargestellt werden. Daß die zweite Phase die Arbeitsverteilung für die dritte vorbereiten soll, habe ich bereits gesagt. Auf die zweite Phase des Dialogs, gegenüber der ersten der Dialektik, muß die dritte und wichtigste folgen. Sie ist die eigentliche Aufbauphase. Sie wird einer Vielzahl relativ kleiner, untereinander koordinierter Arbeitsgruppen bedürfen.

Die Zusammensetzung dieser Gruppen muß unabhängig von Erörterungen der Quantitäten und des Proporz erfolgen. Ihre Mitglieder sind gleichberechtigt. Sie nehmen nicht als Vertreter der Professoren, Assistenten oder Studenten, also als Interessenvertreter einer bestimmten partiellen Gruppe, teil. Wahrscheinlich werden Studenten und Jungakademiker dabei zahlenmäßig überwiegen. Die Teilnahme sollte allein von sachlichen Kriterien her bedingt sein: wissenschaftliche Kompetenz, Fähigkeit zu fairer Zusammenarbeit (dazu gehört Selbstkritik und die Fähigkeit, auf andere zu hören, einzugehen), freiwilliges Sich-zur-Verfügung-Stellen.

Auch das *studentische Verlangen nach Publizität*, nach Öffentlichkeit, wird nicht in allen Phasen gleich verlaufen können. Die erste Phase erstrebt die öffentliche Anprangerung des „Systems“, steht im Zeichen des Angriffs auf Professorenmacht und -willkür, will Mitspracherecht erkämpfen. Die zweite und vor allem dritte Phase wird mit vereinten Kräften eine Art von Öffentlichkeitsarbeit betreiben müssen, die von der Universität wegen fehlender Mittel und falscher Einschätzung der Prioritäten bisher nicht betrieben wurde. Die Öffentlichkeit muß für Universitätsbelange aktiviert werden. Das bedeutet, die Zahl derer, die mit wirklichem Interesse (und nicht bloß als passive Zeitungsleser) am Wohl und Wehe, an den Fragen und Problemen der Universität teilnehmen, muß wesentlich erweitert werden. Dazu wären alle Arbeitsbereiche der Universität fortlaufend und systematisch der Öffentlichkeit darzustellen und mitzuteilen. Es wäre der Gesellschaft klar zu machen, daß die Entwicklung zeitgemäßer Strukturen und Arbeitsweisen, daß soziale Gerechtigkeit, die materielle und geistige Entwicklung des einzelnen, daß m. a. W. die Überlebenschancen und die menschliche Qualität einer Gesellschaft zu einem Gutteil von den Universitäten abhängt, die Universität aber von der Unterstützung durch Staat und Wirtschaft und durch eben diese Gesellschaft, als deren Glied sich der Bundesbürger betrachtet.